

Informationsfreiheit für Bayern

Bündnis für mehr Transparenz

ifg-bayern@mehr-demokratie.de
www.informationsfreiheit.org

Newsletter des Bündnisses für Informationsfreiheit in Bayern vom 26.1.2011

Das Jahr 2011 ist noch nicht alt, und man soll den Tag nicht vor dem Abend loben.... Aber schon jetzt zeichnet sich ab, dass dieses Jahr einen verheißungsvollen Durchbruch für uns Bürgerinnen und Bürger in Bayern bringt – einen Durchbruch in Sachen Informationsfreiheit. Denn soeben hat der Verwaltungsausschuss der Landeshauptstadt München beschlossen, eine kommunale Informationsfreiheits-Satzung zu erlassen. Diese wird am 1. April in Kraft treten. Bereits seit 1. Januar in Kraft ist eine solche Satzung in Würzburg. Nach den kleineren Kommunen als Vorreiter ziehen jetzt also allmählich die größeren und großen Städte nach und schaffen ein gläsernes Rathaus. Rein rechnerisch betrachtet werden somit rund 1,75 Millionen Bürger – das sind immerhin 14 Prozent der gesamten bayerischen Bevölkerung – demnächst ein verbrieftes Recht auf Information und Akteneinsicht haben. Natürlich ist dies kein Grund, sich zufrieden zurückzulehnen. Denn dieses Auskunftsrecht bezieht noch immer viel zu wenige ein, es betrifft nur den eigenen Wirkungskreis einer Kommune und vor allem, es lässt die Geheimpolitik der staatlichen Verwaltung auf Landesebene völlig unangetastet. Deshalb ist und bleibt unser Ziel ein Informationsfreiheitsgesetz für Bayern, das Landes- und Kommunalbehörden gleichermaßen zur Auskunft – und am besten gleich zur aktiven Veröffentlichung der Verwaltungsakten – verpflichtet. Jede Stadt und jede Gemeinde, die sich auf diese Weise ihren Bürgern öffnet, bringt uns diesem Ziel ein Stück näher. Und es ist zu erwarten, dass von dem Beschluss in München ein starkes Signal ausgeht.

Herzliche Grüße,
Heike Mayer
Transparency International Deutschland

Roman Huber
Mehr Demokratie

im Bündnis Informationsfreiheit für Bayern

1. Bayerns Landeshauptstadt führt Informationsfreiheit ein

Der Verwaltungsausschuss der Landeshauptstadt München hat in seiner Sitzung vom 19.1.11 einstimmig beschlossen, eine kommunale Informationsfreiheits-Satzung zu erlassen. Die Satzung tritt am 1.4.2011 unbefristet in Kraft. Der Beschluss geht auf einen Antrag der Fraktion Die Grünen / Rosa Liste sowie auf einen Antrag der Fraktion der Freien Wähler zurück

Diese Initiative wird u.a. getragen von:

Mehr Demokratie e.V.
Transparency International
(TI) Deutschland e.V.
Humanistische Union e.V.
LV Bayern
Arbeitsgemeinschaft selbst
ständige Unternehmer
Bayerischer Journalisten
Verband (BJV)
Bund Naturschutz in
Bayern Bündnis 90 / Die
Grünen Bayern
Deutsche Journalistinnen-
und Journalistenunion
(DJU) in Bayern
FDP Bayern
Förderkreis IT- und
Medienwirtschaft e. V.
Netzwerk Recherche e. V.
Ökologisch-Demokratische
Partei (ödp) Bayern
Omnibus gGmbH
Piratenpartei Bayern

Kontakt über:

Mehr Demokratie e.V.
Jägerwirtstr. 3
81373 München
tel.: 089-8211774
fax: 089-8211176

(beide vom Juli 2009).

Der jetzt verabschiedete Satzungsentwurf wurde von der Stadtverwaltung ausgearbeitet.

Aus Sicht des Bündnisses gibt dieser Entwurf an mehreren Stellen Anlass zur Kritik: Das Recht auf freien Zugang zu amtlichen Informationen gilt lediglich für die Einwohner der Stadt München, ist also kein Jedermannsrecht. Bei Betriebs- und Geschäftsgeheimnissen fehlt eine Abwägungsklausel, die das unter Umständen höher zu bewertende Auskunftsinteresse der Allgemeinheit in Betracht zieht. Und schließlich sind Gebühren von bis zu 500 Euro für einen Antrag möglich – dies kann Antragsteller davon abhalten, überhaupt eine Anfrage zu stellen. Trotzdem überwiegt die Freude, dass dieser Beschluss überhaupt zustande gekommen ist. [Siehe auch](#)

2. Gläsernes Rathaus in Würzburg

Seit 1. Januar 2011 gilt in Würzburg eine kommunale Informationsfreiheits-Satzung. Das hatte der Stadtrat im vergangenen Oktober mit nur einer Gegenstimme beschlossen. Beantragt worden war die Satzung von der Stadtrats-Fraktion der ÖDP gemeinsam mit den Freien Wählern. Leider ist auch hier das Informationsrecht beschränkt auf die Einwohner der Stadt. Eine andere Regelung ist dagegen zu begrüßen: Betriebs- und Geschäftsgeheimnisse sind nur dann geschützt, wenn das Offenbarungsinteresse der Allgemeinheit nicht überwiegt. [http://www.informationsfreiheit.org/1790.html?&tx_ttnews\[backPid\]=1788&tx_ttnews\[tt_news\]=8520&cHash=2cb434621eb3cbbefaa1b34bdec89a25](http://www.informationsfreiheit.org/1790.html?&tx_ttnews[backPid]=1788&tx_ttnews[tt_news]=8520&cHash=2cb434621eb3cbbefaa1b34bdec89a25)

3. Kommunale Informationsfreiheits-Satzung in oberbayerischen Bad Endorf

Auch die Marktgemeinde Bad Endorf hat zum 1. Januar 2011 Kommunale Informationsfreiheits-Satzung in Kraft gesetzt. Hier kam die Initiative dazu von den Bürgern selbst. Auf einer Bürgerversammlung hatten die Einwohner einen entsprechenden Vorschlag gemacht, den Bürgermeisterin und Gemeinderäte aufgegriffen und in Ortsrecht umgesetzt haben. Ein Beispiel, das Schule machen sollte! Bürgermeisterin Gudrun Unverdorben hatte im November angekündigt, den Text der Satzung auf der Webseite der Gemeinde zu veröffentlichen. Das ist bislang noch nicht passiert. <http://www.bad-endorf.de/buergerservice-und-rathaus/rathaus/satzungen-und-verordnungen.html>

4. „Informationsfreiheit auf Bayerisch“ stößt auch in anderen Bundesländern auf Interesse

Das Modell der Informationsfreiheits-Satzung, das vom Bündnis Informationsfreiheit für Bayern ausgearbeitet worden ist, erfreut sich nicht nur bei den bayerischen Kommunen zunehmender Beliebtheit, sondern findet langsam auch bundesweit Beachtung: Auf der Sitzung des „Arbeitskreises Informationsfreiheit“ (AKIF) in Kleinmachnow (Brandenburg) am 2./3. November 2010 stellte Sven Müller, Mitarbeiter des Brandenburgischen Landesbeauftragten für den Datenschutz und für das Recht auf Akteneinsicht, seinen Länderkollegen das bayerische Informationsfreiheit-Bündnis vor und informierte über den Stand der Umsetzung bei den „Gläsernen Rathäusern“ in Bayern.

Das Protokoll der Sitzung ist im Internet nachzulesen unter:

http://www.lda.brandenburg.de/sixcms/detail.php?gsid=bb1.c.221456.de&template=lda_entschl

5. Ex-Bürgermeister und Lehrbeauftragter für Kommunalrecht und Haushaltsrecht empfiehlt Informationsfreiheits-Satzungen

»Informationsfreiheitssatzungen für die Städte und Gemeinden in Bayern: Ja oder Nein?« Unter diesem Titel stellt Sebastian Niedermeier, langjähriger Bürgermeister von Eichenau bei München, seine Überlegungen in der Bayerischen Gemeindezeitung vom 16.12.2010 zur Diskussion. Der Autor kommt nach sachlicher Abwägung und einer Befragung verschiedener Kommunen zu dem Schluss, dass es an der Zeit sei, Informationsfreiheits-Satzungen in bayerischen Kommunen zu erlassen. Dies ist sicher auch eine gute Argumentationshilfe für alle Kommunen, in denen Politik und Verwaltung noch zögern. Der Artikel kann heruntergeladen werden unter [http://www.informationsfreiheit.org/1790.html?&tx_ttnews\[backPid\]=1788&tx_ttnews\[tt_news\]=8660&cHash=3eada51051e052f16e8164ff8f4baaec](http://www.informationsfreiheit.org/1790.html?&tx_ttnews[backPid]=1788&tx_ttnews[tt_news]=8660&cHash=3eada51051e052f16e8164ff8f4baaec)

6. Jederzeit aktuelle Informationen auf unserer Bündnis-Webseite

Wie viele und welche Kommunen in Bayern haben schon ein Gläsernes Rathaus? Eine stets aktualisierte Übersicht mit den jeweiligen Satzungstexten finden Sie auf unserer Webseite: <http://www.informationsfreiheit.org/5640.html#c23298>

Haben wir Ihre Kommune übersehen? Was tut sich in Sachen Informationsfreiheit in Ihrer Stadt? Welche Erfahrungen haben Sie mit einem Informationsantrag gemacht? Gerne veröffentlichen wir Ihren Bericht oder nehmen Ihre Anregung auf. Kontakt über IFG-Bayern@mehr-demokratie.de